

Schluß mit dem Militarismus!!!
Wir fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße

Vorwort zur 2. Auflage

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den letzten Monaten stand kaum ein anderes Thema so sehr im Mittelpunkt des öffentlichen kommunalpolitischen Interesses wie die Namensgebung für das Areal und die geplanten Straßenzüge auf dem Gebiet der abzuwickelnden Schlieffenkaserne. Vor allem der Plan, diesem künftigen Wohngebiet den Namen "Schlieffenpark" zu geben, löste einen heftigen Widerspruch in der Lüneburger Bevölkerung aus. Dass sich ein heutiges demokratisches Gemeinwesen in die Tradition des deutschen Faschismus begibt (die Kaserne wurde 1938 durch die Nazi-Wehrmacht nach Schlieffen benannt) wurde allenthalben mit heftigem Kopfschütteln quittiert. Der Ausgang dieses Disputs per Ratsbeschluss ist bekannt: Das künftige Baugebiet wird "Schlieffenpark" benannt werden - als Arbeitstitel.

Die Chance, Lüneburg als antimilitaristische und antifaschistische Stadt zu profilieren und damit auch ein klares politisches Signal gegen den gegenwärtigen Neofaschismus und die Kriegstreiberei zu setzen blieb ebenso vertan wie etwa die dem Rat der Stadt vorgeschlagene Benennung der auf diesem Areal geplanten Straßen nach NS-Widerständlern und Nazi-Verfolgten. Statt nach Heinz Hamburger, Helene Schenkluhn und Franz Holländer werden diese Straßen nun nach örtlichen Persönlichkeiten benannt, die sich "um die Stadt verdient gemacht haben"

Ein im Rahmen dieser Debatte um Symbolik und Erinnerungskultur im Stadtbild auf der Sitzung des Kulturausschusses vom 2. März d.J. gestellter Antrag, die nach Carl Peters und Hindenburg benannten Straßen umzubenennen wurde zwar abgelehnt, bleibt aber auf der politischen Agenda: Das Stadtarchiv erhielt den Auftrag, diese (und weitere) Straßennamen zu überprüfen (*LZ v. 3.3.06*).

Einen kleinen Beitrag "zur Überprüfung" möchten wir durch diese unveränderte Neuauflage unserer Broschüre aus dem Jahre 1987 leisten. Es steht gleichsam als Dokument jahrzehntelanger Bemühungen unserer antifaschistischen Organisation nach demokratischen Lebensverhältnissen in der Stadt und soll heute erneut zur Information dienen. Wir wünschen uns eine weitere rege Debatte über faschistische und militaristische Traditionen und Strukturen in Lüneburg.

Zwar ist unsere Forderung aus dem Jahre 1987 nach Umbenennung der Hindenburgstraße in Carl-von-Ossietzky-Straße insofern obsolet, weil zwischenzeitlich im Süden der Stadt eine recht kurze Straße (die im übrigen einen riesigen Parkplatz umsäumt) nach diesem Antifaschisten benannt wurde, aber wie wäre es mit Rosa Luxemburg?

Lüneburg, März 2006

Vorwort zur 1. Auflage

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Historische personenbezogene Straßen- und Gebäudenamen wollen zurecht an hervorragende Persönlichkeiten erinnern, ihre geschichtliche Bedeutung würdigen und auch auf ihr vorbildhaftes Wirken aufmerksam machen. Diese Straßen- und Gebäudenamen werden sodann zumeist Teil einer politischen "Alltagskultur", werden Begriffe,

die durch den notwendigen Gebrauch in die Alltagssprache eingehen. Zugleich symbolisieren diese Namen aber auch den "Zeitgeist" ihres Benennungsdatums, sie stehen stellvertretend für die politischen Absichten ihrer Benenner.

Genauso verhält es sich auch mit der Be- und Umbenennung der Hindenburgstraße. Hindenburg - dieser Name stand für die Benenner im Rat der Stadt Lüneburg - ob Nazis (1933) oder Rechtskonservative (1952) - für den "Befreier des Ostens", für den "Wegbereiter der nationalen Erhebung", für den "großen Deutschen". Es ist der Geist des Militarismus und Krieges, des Revanchismus und des deutschen Faschismus, der über die Figur Hindenburgs in die Köpfe der Lüneburger/-innen eingimpft werden sollte.

Dieser Geist hat in der heutigen Zeit keinen Platz mehr. In einer Zeit, in der die Frage des friedlichen Miteinanders der Staaten zu einer Überlebensfrage für die Menschheit geworden ist, in der die Vorbereitung eines Krieges verfassungswidrig ist, in der der deutsche Militarismus ein für alle mal verspielt haben soll, kann es keine positive Würdigung eines Mannes wie Hindenburg mehr geben. Heute wissen wir, welche unheilvolle Rolle jene Kräfte um Hindenburg, die erzreaktionäre Junkerschaft und die militaristischen Kreise im Verbund mit der Hochfinanz und Großindustrie in der Weimarer Republik - bis hin zur schließlichen Übertragung der Macht an den Faschismus - gespielt haben.

Aus der Geschichte lernen - das heißt für uns: Weg mit dem Geist von gestern! Keine Ehrung und positive Würdigung derart unheilvoller Figuren wie Hindenburg, ob in den Schulbüchern oder durch Straßennamen!

Aus der Geschichte lernen - das kann nur bedeuten, jene Frauen und Männer zu würdigen, die in ihrem Wirken - in ihrer Zeit - symbolisch für die Werte "Demokratie, Frieden und Humanität" stehen. Wir stellen deshalb dem Militaristen Hindenburg den Antimilitaristen Carl von Ossietzky gegenüber und fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße in Carl-von-Ossietzky-Straße!

Der Name "Ossietzky" steht stellvertretend für das andere Deutschland, für jene Menschen, die den Kampf gegen die konstante Mißachtung der Weimarer Verfassung aufnahmen. Ossietzky rief als parteiloser Publizist die demokratischen Kräfte immer wieder zum gemeinsamen rechtzeitigen Handeln gegen jene auf, die dem Faschismus den Weg ebneten - wie eben Hindenburg.

Als Hindenburg sich anschickte, die Nazis regierungsfähig zu machen, wurde Ossietzky wegen seiner antimilitaristischen Haltung ins Gefängnis geworfen. Ein Gnadengesuch für Ossietzky wurde von Hindenburg abgelehnt.

Hindenburg starb eines natürlichen Todes, wurde von den Nazis mit "Pomp und Gloria" beerdigt.

Ossietzky wurde zur selben Zeit von den Nazis im KZ Papenburg-Esterwegen gefangengehalten und drangsaliert. Er starb an den Folgen der KZ-Haft.

Diese Broschüre zeigt durch Dokumente, Daten und kurze Aufsätze die wechselvolle Geschichte der Namensgebung der Hindenburgstraße auf. Sie zeigt, welche politischen Absichten die Nazis 1933 und die Rechtskonservativen 1952 mit der Namensgebung verbanden, gibt einen kurzen Überblick über den politisch-militaristischen Werdegang Hindenburgs und stellt dem eine kurze Schilderung des publizistischpolitischen Wirkens Carl von Ossietzky gegenüber.

Mehrere Versuche der letzten Jahre, die Zurückbenennung der Hindenburgstraße in Gartenstraße zu bewirken, wurden von den politisch Verantwortlichen der Stadt nicht aufgegriffen.

Wir hoffen jetzt mit der Vorlage dieser Materialsammlung stärker als bisher zum Überlegen und Nachdenken anzuregen über beide Seiten deutscher Geschichte, über die Seite des Faschismus/Militarismus und die des Antifaschismus/Antimilitarismus. Und zum Handeln aufzufordern: Die Umbenennung der Hindenburgstraße in Carl-von-Ossietzky-Straße ist unser Ziel.

Lüneburg, April 1987

Die Geschichte der Namensgebung Gartenstraße/Hindenburgstraße

Bis zum Jahrhundertbeginn hinein war der Lüneburger Ortsteil Kreideberg noch nicht bebaut. Hier befanden sich Felder, Wiesen und Schrebergärten. Als dann zunächst die erste Straße gebaut wurde, benannte man sie in "Gartenstraße".

Kaum aber waren in Lüneburg die Nazis im Verein mit der reaktionären "Kampffront Schwarzweißbrot" an der Macht, führten sie durch Umbenennungen neue Straßennamen ein, um ein faschistisches Zeichen zu setzen - Botschaften des dann folgenden staatlichen Terrors und Grauens: Straßen, die nach jüdischen Bürgern benannt waren (Marcus-Heinemann-Straße) bekamen Namen von Nazis (Schlageterstraße), aus der Lindenstraße wurde die Adolf-Hitler-Straße u.a.m.. Die Gartenstraße erhielt den Namen eines der größten deutschen Militaristen, der bereits im I. Weltkrieg hunderttausende Soldaten auf die Schlachtbank geführt hatte für "Volk, Vaterland und Kaiser Wilhelm", Hindenburg. Dieser Wegbereiter des Faschismus war zudem auch durch verwandtschaftliche Beziehungen mit Lüneburgs herrschenden Kreisen verbunden (Hindenburgs zweite Tochter Annemarie heiratete hier standesgemäß den Rittmeister von Pentz und wohnte im Lüner Weg)." Lüneburg ehrt Hindenburg, Hitler und das Andenken Horst Wessels" mußte man am 8. April 1933 im Lüneburgschen Anzeiger lesen. Diese Straßenumbenennung war der Dank der Lüneburger Nazis und deren Mitläufer dafür, daß Hindenburg auf Drängen führender Kreise der Hochfinanz, Großindustrie und des Junkertums Hitler zum Reichskanzler gemacht hatte.

1945 allerdings, zu einer Zeit, als mit den Erfahrungen aus Faschismus und Krieg ein demokratischer Neubeginn auf der Tagesordnung stand, als sämtliche militaristische und faschistische Äußerungsformen geächtet wurden und dieses auch per Rechtsvorschrift der Alliierten durchgesetzt wurde, verschwand dieser Straßename als Relikt der faschistischen

Vergangenheit wieder aus dem Stadtbild Lüneburgs. 1947 wurde aus der Hindenburgstraße wieder die Gartenstraße. Aber schon damals konnten es Vertreter der örtlichen CDU nicht verkraften, daß der deutsche Militarismus und Faschismus ein für alle Mal von der Bildfläche verschwinden sollte. Nur dem Zwang der Alliierten Gesetzgebung ist es zu verdanken, daß sich u.a. Ratsherr Dieckmann CDU, ("Hindenburg hat sich unvergeßliche Verdienste um das deutsche Volk erworben") nicht durchsetzen konnte.

Doch das änderte sich rasch. Sehr bald hatten sich wieder diejenigen formiert, die auch schon im Faschismus Rang und Namen hatten: Kriegsverbrecher wie Krupp, Flick u.a. wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, Alt-Nazis besetzten wieder höchste Ämter in Verwaltung und Politik, der Antikommunismus wurde wieder zur Staatsdoktrin erklärt.

Und in Lüneburg bildete sich mit dem "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten"(BHE) eine neue Stahlhelm-Fraktion, mit der zwar noch der Kreistag mit Beschluß v. 3.10.1950 jegliche Verhandlungen und Gespräche ablehnte (die Reden des Repräsentanten des BHE, L. Loeffke, seien "mit Demagogie und verhetzender Agitation gespickt"); im Rat der Stadt allerdings konnte BHE und CDU gemeinsam die Tradition der Nazis aus dem Jahre 1933 aufgreifen und die Rückbenennung der Gartenstraße in Hindenburgstraße durchsetzen. Da die Zeit der antifaschistischen und antimilitaristischen Gesetzgebung der Alliierten vorbei sei, so argumentierten Bürgermeister Oskar Heideborn und Ratsherr Gerhard Prott im Rat der Stadt im Dezember 1952, könne wieder der Rückgriff auf den "Feldmarschall, Ostpreußenbefreier und größten Deutschen" gewagt werden. Die Ratsmehrheit entschied sich - wenn auch knapp - wie schon 1933 für den durch den Namen Hindenburg symbolisierten deutschen Militarismus in Erwartung auf eine erneute "Befreiung" - nicht nur Ostpreußens.

Die wechselvolle Geschichte der Namensgebung dieser Straße findet seinen Ursprung im Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung der jeweils im Stadtrat herrschenden Kreise.

Es wird Zeit, daß dieses Problem einer demokratischen Lösung zugeführt wird.



Kürzung der Hindenburg, Güter und des Bekannten durch Verfall
In der Umbenennung der Straßen
Viele Hr. Dr. Dreyler nannte die Kürzung der Hindenburg, des Bekannten und des Güterstraßen in Lüneburg. Die Hindenburgstraße in Lüneburg ist eine der schönsten Straßen der Stadt. Sie führt von der Hindenburgstraße bis zur Hindenburgstraße. Die Kürzung der Hindenburgstraße ist ein wichtiger Schritt in der Umbenennung der Straßen in Lüneburg. Die Hindenburgstraße ist eine der schönsten Straßen der Stadt. Sie führt von der Hindenburgstraße bis zur Hindenburgstraße. Die Kürzung der Hindenburgstraße ist ein wichtiger Schritt in der Umbenennung der Straßen in Lüneburg.

Lüneburgische Anzeigen
vom 8. April 1933
(Blatt 1)



nicht überlegen und überlegen werden können. Die Hindenburgstraße ist eine der schönsten Straßen der Stadt. Sie führt von der Hindenburgstraße bis zur Hindenburgstraße. Die Kürzung der Hindenburgstraße ist ein wichtiger Schritt in der Umbenennung der Straßen in Lüneburg. Die Hindenburgstraße ist eine der schönsten Straßen der Stadt. Sie führt von der Hindenburgstraße bis zur Hindenburgstraße. Die Kürzung der Hindenburgstraße ist ein wichtiger Schritt in der Umbenennung der Straßen in Lüneburg.

Lüneburgische Anzeigen
vom 8. April 1933
(Blatt 2)



Landeszeitung Lüneburg
vom 10. April 1947



Landeszeitung Lüneburg
vom 11. Dezember 1952

Hindenburg - eine preußisch-deutsche Militaristenkarriere

1847 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg wird als Sohn einer altpreußischen Adelsfamilie in Posen geboren.

1866 Hindenburg absolviert die Hauptkadettenanstalt und zieht als Secondelieutenant in den preußisch-

österreichischen Krieg.

1870/71 Hindenburg nimmt am deutsch-französischen Krieg teil.

1872 Hindenburg wird Oberleutnant

1877 Hindenburg wird zum Hauptmann befördert

1881 Hindenburg wird Generalstabsoffizier der in Königsberg liegenden 1. Preußischen Division.

1884 Hindenburg übernimmt eine Kompanie des Infanterieregiments 58

1885 Major Hindenburg wird führender Militarist im Großen Generalstab in Berlin, wird Generalstabsoffizier des III. Armeekorps.

1888 Hindenburg wird Chef der Abteilung A2 (Fußtruppen) im Allgemeinen Kriegsdepartment.

1891 Hindenburg wird Oberstleutnant

1893 Hindenburg übernimmt in Oldenburg das Kommando des Infanterieregiments 91

1894 Hindenburg wird Oberst

1896 Hindenburg wird zum Generalstabschef im VIII. Armeekorps in Koblenz ernannt.

1897 Hindenburg wird Generalmajor

1900 Hindenburg wird Generalleutnant und Kommandeur der 28. Division in Karlsruhe.

1903 Hindenburg wird als General Kommandeur des IV. Armeekorps.

1911 Hindenburg läßt sich in den Ruhestand versetzen, denn "Krieg steht nicht in Aussicht". Eine seiner letzten Amtshandlungen bestand in der Anweisung an die zivilen Behörden seines Generalkommandos, Listen von Kriegsgegnern anzulegen, verhaftet werden sollten. ([siehe Faksimile](#))

1914 Mit Beginn des I. imperialistischen Weltkrieges kehrt Hindenburg in den aktiven Militärdienst zurück. Mit Ludendorff als Stabschef befehligt er die 8. Armee, die bei Tannenberg (Ostpreußen) einen Sieg über die dortigen zaristischen Truppen erringt. Diese "Schlacht" hatte zwar militärisch keinerlei größere Auswirkungen, wurde aber von der kaiserlich-deutschen chauvinistischen Propaganda als Beweis für die "Unbesiegbarkeit des deutschen Heeres" dargestellt. Je länger der Krieg andauerte, der als "Spaziergang nach Paris von August bis Weihnachten 1914" begonnen wurde, desto dringender brauchte die Kriegspropaganda den Rückgriff auf den "Sieg von Tannenberg". Hindenburg wurde so zur Symbolfigur des erfolgreichen Militarismus. Hindenburg wird Generalfeldmarschall.

1916 Hindenburg und Ludendorff treten mit diktatorischen Vollmachten an die Spitze der Obersten Heeresleitung und verwandeln Deutschland in ein Militärzuchthaus.

1917 Kriegsziele im Osten: Ludendorff: "Ein Frieden, der nur den Status quo gewährleistet, würde bedeuten, daß wir den Krieg verloren hätten. Im Osten hat ein solcher Frieden nie zur Diskussion gestanden." Im Einklang mit einer auf das Baltikum abzielenden Erklärung des "Alldeutschen Verbandes", die "...entschieden davor warnt, bei etwaigen Verhandlungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen," erläutert Hindenburg seine Okkupationsabsichten gegenüber der Sowjetunion: "Wir brauchen Litauen zur Sicherung unserer Grenzen. Es muß fest an uns gekettet werden. Kein selbständiger Staat, sondern Personalunion mit Preußen. Kurlan dito ... Der Besitz von Estland (ist) militärisch erwünscht

... Ich will für den nächsten Krieg gegen Rußland den Raum für die Bewegungen des deutschen linken Flügels sichern."

"Große Schlacht von Frankreich": Zwischen dem 21.3. und dem 5.4. läßt Hindenburg eine Großoffensive durchführen. Ergebnis: Ca. 400.000 Tote und Verwundete. Eine zweite Offensive am 9.4. brachte ca. 100.000 Tote. Drei weitere Offensiven (Ende Mai bis Mitte Juni) endete ebenfalls für die deutschen Militaristen erfolglos, für die deutschen und französische Soldaten mit einem Blutbad.

1918 Nach der Großoffensive der Entente (8.8.) fordert Hindenburg als Gegengericht zu den 260.000 US-Soldaten, die monatlich an der Westfront eintrafen, die 268.000 deutschen Achtzehnjährigen des Jahrgangs 1900 einzuziehen und auf den Schlachtfeldern zu opfern. Heeresleitung unter Hindenburg und Groener maßgeblich an der blutigen Niederwerfung der Novemberrevolution beteiligt.

Hindenburg ordnet die Bildung von Bürgerkriegs-Heeresgruppen an und verspricht deren Rückführung nach Deutschland mit dem Ziel, "unter Leitung des Kriegsministeriums die Operation gegen die Aufstandsgebiete planmäßig durchzuführen." Dieser Plan musste aber im Januar 1919 endgültig aufgegeben werden. Hindenburg orientierte sich jetzt auf den raschen Aufbau der sich formierenden weißgardistischen Freiwilligenverbände. Diese machten Berlin zum Schlachtfeld.

Am 15. Januar 1919 ermordeten Offiziere der Garde-Kavallerie-Schützendivision Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Der unmittelbare Organisator dieser Morde, Waldemar Pabst, wurde später von Hindenburg für diese Bluttat zum Major befördert. Nach der Flucht von Kaiser Wilhelm II nach Holland und der Ausrufung der bürgerlich-parlamentarischen Republik betrachtet sich Hindenburg als "Treuhänder des Kaisers".

Hindenburg scheidet zum zweiten Mal aus dem aktiven Militärdienst aus.

Hindenburg -
vom "Kandidaten der Republikgegner"
zum Wegbereiter des Faschismus

März 1925 Hindenburg wird als Kandidat der "Republikfeinde" im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt.

Mai 1926 Hindenburg erläßt eine neue Flaggenordnung. Neben der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold dürfen jetzt die Auslandskonsulate die "Kaiserflagge" Schwarz-Weiß-Rot hissen.

1930-32 Das Kabinett Brüning (Zentrum) regiert, von Hindenburg unterstützt, mit Hilfe des Art. 48 (Notverordnungen des Reichspräsidenten) der Weimarer Verfassung. Ausschaltung des Parlaments.

1.1.1932 Notverordnung: Lohnkürzungen, Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten

Anfang 32 Wahlkampf für die Wahl des Reichspräsidenten.

12.1.: KPD-Losung: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!"

27.2.: Aufruf der SPD zur Wahl Hindenburgs. Losung: "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!"

10.4.1932 Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im zweiten Wahlgang

21.4.1932 Hindenburg lehnt ein Gnadengesuch für Carl von Ossietzky ab. (Ossietzky tritt am 10.5.33 die Haftstrafe "wegen Landesverrats" an, wird am 22.12. aufgrund der Weihnachtsamnestie entlassen, am 28.2.1933 erneut verhaftet, in verschiedenen KZ interniert und stirbt am 4.5.38 an den Folgen der KZ-Haft.)

30.5.1932 Rücktritt Brüning als Reichskanzler, u.a. auf Betreiben von Hindenburg

14.6.1932 Notverordnung, die u.a. die Aufhebung des SA- und SS-Verbots beinhaltet.

Notverordnung: Senkung der Sozialleistungen (Kürzung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung)

28.6.1932 Hindenburg setzt die Uniform- und Demonstrationsverbote gegen die SS und SA in einigen Ländern außer Kraft.

20.7.1932 Absetzung der sozialdemokratisch geführten Preußischen Regierung mit Billigung Hindenburgs

4.9.1932 Notverordnung: Senkung der Sozialleistungen, Senkung des Arbeitslohns

18.-24.11.32 Hindenburg verhandelt mit Parteiführern über die Bildung einer Reichsregierung. Hitler fordert diktatorische Vollmachten und lehnt die Bildung einer Regierung mit parlamentarischer Mehrheit ab

30.1.1933 Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsbildung. Berufung der Hitler-Hugenberg-Papen-Regierung durch Hindenburg.

30.1.1933 Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsbildung

1.2.1933 Hindenburg löst den Reichstag auf und setzt Neuwahlen fest.

2.2.1933 Demonstrationsverbot für die Opposition

4.2.1933 Notverordnung Hindenburgs "Zum Schutz des deutschen Volkes", drastische Einschränkungen der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit für die antifaschistische Opposition

8.2.1933 Beschluß über die Vorrangigkeit der Bedürfnisse der Reichswehr vor denen für zivile Maßnahmen bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln.

12.2.1933 Blutsonntag von Eisleben: 500 SA-Leute richten auf einer Versammlung der Roten Hilfe ein Blutbad an.

17.2.1933 "Schießerlaß Görings": Bei Zusammenstößen dürfen die Staatsorgane mit der Schußwaffe gegen Antifaschisten vorgehen.

24.2.1933 SA, SS und Stahlhelm werden "Hilfspolizei"

27.2.1933 Reichstagsbrand wird als Vorwand für eine Terrorwelle gegen Nazi-Gegner benutzt

28.2.1933 Hindenburg erläßt die Notverordnung "Zum Schutz von Volk und Staat": Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Verfassung, verschärfte Strafbestimmungen, Einführung der Schutzhaft

7.3.1933 Verbot der sozialdemokratischen "Reichsbanner" und "Eiserne Front"

9.3.1933 Regierung erklärt die Reichstagsmandate der KPD für ungültig. Haftbefehle gegen alle kommunistischen Abgeordneten. NSDAP erhält so die absolute Mehrheit im Reichstag. Kein Protest der bürgerlichen Parteien.

11.3.1933 Hindenburg erklärt die Schwarz-Weiß-Rote und die Hakenkreuzfahne anstelle der Schwarz-Rot-Goldenen zu offiziellen Reichsfarben.

20.3.1933 Errichtung des KZ Dachau. 1933 werden ca. 150.000 Menschen verschleppt.

21.3.1933 "Tag von Potsdam"

24.3.1933 Reichstag beschließt das "Gesetz Behebung der Not in Volk und Staat" gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, die durch Verhaftungen bereits dezimiert wurde. Regierung wird nun ermächtigt, Gesetze ohne den Reichstag zu erlassen.

31.3.1933 Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich wird erlassen: Umbildung der Länderparlamente entsprechend der Reichstagsmehrheit.

1.4.1933 Boykott aller jüdischen Geschäfte durch die SA

7.4.1933 "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", Entlassung von "politisch unzuverlässigen" und "nicht-arischen" Beamten. Unternehmer erhalten gesetzliche Möglichkeit, Arbeiter und Angestellte bei "Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit" zu entlassen.

25.4.1933 "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen", Einschränkung der Schul- und Hochschulbesuchs für jüdische Bürger.

26.4.1933 Errichtung der "Geheimen Staatspolizei" (Gestapo) in Berlin

28.4.1933 Wiedereinführung der 1928 abgeschafften Militärgerichtsbarkeit

1.5.1933 "Tag der nationalen Arbeit"

2.5.1933 Zerschlagung der Gewerkschaften und ihrer Hilfsorganisationen Arbeiterwohlfahrt, Konsumvereine, Arbeiterturn- und -bildungsvereine u.a.

10.5.1933 Bücherverbrennung durch die SA und anderen Nazis. Allein in Berlin werden 500 t Bücher "von Marx bis Tucholsky" beschlagnahmt.

16.5.1933 Gründung der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) als Nazi-Zwangsorganisation für Arbeiter und Angestellte.

22.5.1933 Verbot der SPD

1.6.1933 "Gesetz zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit": Arbeitsbeschaffungsprogramm auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Unternehmer.

21.6.1933 Köpenicker Blutwoche: 91 Opfer des SA-Terrors.

27.6.1933 Selbstaflösung der übrigen Parteien.

14.7.1933 "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien", "Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses" (Erbgesundheitsgericht, Zwangssterilisation)

1.8.1933 Erste Todesurteile der faschistischen Justiz (gegen 4 Kommunisten) vollstreckt. Bis Ende 1933 lassen die Nazis auf diese Weise 66 Antifaschisten umbringen.

Einrichtung der "Nationalpolitischen Erziehungsanstalt" (Napola) zur Züchtung faschistischer Herrenmenschen.

22.9.1933 "Reichskulturkammergesetz": Unterordnung von Kunst, Presse, Rundfunk unter das faschistische System.

29.9.1933 "Reichserbhofgesetz"

1.12.1933 "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat".

20.1.1934 "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", Errichtung des Führerprinzips in den Betrieben zugunsten der Unternehmer.

30.1.1934 "Gesetz über die Neuordnung des Reiches, Auflösung der Länder und zentralistische Machtentfaltung der Faschisten.

16.2.1934 Errichtung der Filmprüfstelle in Berlin

20.2.1934 Das Hakenkreuz wird zum Abzeichen an den Uniformen der Reichswehr

16.4.1934 Errichtung der Prüfstelle für "nationalsozialistisches Schrifttum"

24.4.1934 Einrichtung des faschistischen "Volksgerichtshofes"

31.5.1934 Befehl zum Schießen für Polizei und Hilfspolizei (SA und SS) auf antifaschistische Flugblattverteiler und Plakatkleber

20.7.1934 Die SS wird selbständige Organisation

2.8.1934 Nachdem sich unter Hindenburgs Präsidentschaft der faschistische Macht- und Terrorapparat festigen konnte, stirbt Hindenburg; Hitler wird auch "Staatsoberhaupt".

Mach mit bei der VVN - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Esther Bejarano (links) überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Peter Gingold kämpfte in der französischen Resistance gegen die Nazis. Beide gemeinsam appellierten am 50. Jahrestag der VVN-Gründung an die heutigen Jugendlichen:



"Wir hoffen auf Euch, auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpaßt die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verlorengegangen ist. Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, was wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt."

Die VVN-BdA beschäftigt sich in vielfältiger Weise und verschiedenen Formen von Aktivitäten (Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen) mit Erscheinungen, Ursachen und Inhalten von Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg. Sie will über Vergangenheit und Gegenwart informieren - und möglichst viele Menschen veranlassen, gegen Neofaschismus und Rassismus aufzutreten.

Die VVN-BdA sucht den Kontakt und das Gespräch mit jedem Interessierten. Sie arbeitet in vielen Bündnissen mit.
